

„Sicherheitsgesetz als Religionsgesetz? Nicht mit uns!“

Materialien zur Pressekonferenz des
Netzwerks Muslimische Zivilgesellschaft (NMZ)
am **24.02.2015, im Cafe Afro, Wien**



www.dieanderen.net

„Sicherheitsgesetz als Religionsgesetz? Nicht mit uns!“

PRESSEKONFERENZ

THEMEN:

Strukturelle Probleme der IGGiÖ – Reform jetzt!

Ist der Beschluss des Schurarates gültig?

Religionsgesetz oder doch Integrationsgesetz? – Themenverfehlung!

Religionsgesetze definieren ausschließlich das Verhältnis Staat – Religionsgemeinschaft.
Alles andere ist eine einzige Themenverfehlung.

Demokratie, die Lösung

Der Weg zum Verfassungsgerichtshof – wer wird ihn gehen?

WEITERE INFORMATIONEN: www.dieanderen.net

AM PODIUM:

Murat Gürol (NMZ)

Ines Mahmoud (NMZ)

Gernot Galip Stanfel (IRG NÖ)

Vertreter der ATIB

Vertreter der IAVÖ

DATUM: Dienstag, 24.02.2015, 11:00 Uhr

ORT: **Café Afro**, Türkenstraße 3, 1090 Wien

RÜCKFRAGEN & KONTAKT:

Mihrican Topal

0660 638 16 47

NETZWERK MUSLIMISCHE ZIVILGESELLSCHAFT



„...jedem von euch gaben wir ein Gesetz und einen Weg. Wenn Gott gewollt hätte, hätte er euch zu einer einzigen Gemeinde gemacht. Doch er will euch in dem prüfen, was Er euch gegeben hat. Wett-eifert darum im Guten.“

Sure 5, Vers 48

Wer sind wir?

Wir sind Muslime in Österreich und gehören den unterschiedlichsten islamischen Konfessionen und Denkschulen an. Wir sehen die Vielfalt im Islam als gottgewollt und als Reichtum an. Wir sind an der Basis der muslimischen Community aktiv; sind teils in Vereinen organisiert und teils nicht. Wir agieren unabhängig von den etablierten Institutionen. Denn wir sind der Ansicht, dass es eine starke muslimische Zivilgesellschaft braucht, die die Bedürfnisse der Gesamtheit der einfachen Gläubigen über machtpolitisches Kalkül und Partikularinteressen stellt. Wir stehen den etablierten politischen Akteuren kritisch gegenüber. Zu oft wurden wir zu Objekten degradiert, mit denen willkürlich verfahren wird. Unser Ziel ist es, uns und alle Muslime in Österreich zu selbstbewussten und selbstbestimmten Menschen zu machen.

Wir sind gesetzestreue Bürger und Bürgerinnen und lehnen den Generalverdacht gegen Muslime kategorisch ab. Wir haben die Nase voll von islamfeindlicher Medienberichterstattung und von islamfeindlicher Politik. Die soeben von den Regierungsparteien über unsere Köpfe hinweg ausverhandelte Novelle des Islamgesetzes ist der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Genug ist genug.

Wir fordern von unserer gesetzlichen Vertretung, der Islamischen Glaubensgemeinschaft, Entscheidungsprozesse transparent zu halten und eine breite Partizipation an eben diesen zu ermöglichen.

Wir fordern von der Politik und den Medien ein Ende des antimuslimischen Rassismus. Es geht nicht an, dass 70 Jahre nach Ende des Nazismus wieder eine religiöse Minderheit in diesem Land als Sündenbock herhalten muss.

Wir rufen alle Musliminnen und Muslime in Österreich auf, selbst initiativ zu werden und sich zu vernetzen. Wir rufen alle Musliminnen und Muslime auf, politischen Widerstand gegen antimuslimische Politiken zu leisten und sich zudem auch für allgemein gesellschaftliche und politische Belange aktiv einzusetzen. Wir sind offen für jede Person, die sich zum Islam bekennt und sozial oder politisch für die muslimische Gemeinschaft oder darüber hinaus in Österreich engagiert ist oder aktiv werden möchte.

Wien, Oktober 2014

Pressekonferenz 24.02.2015

NETZWERK MUSLIMISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitsgesetz als Religionsgesetz verpackt? Nicht mit uns!

Wir, das Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft verstehen uns als loses Netzwerk, in welchem MuslimInnen und Muslime verschiedenster Denkschulen und Hintergründe eine gemeinsame muslimische Basis bilden und als solche auftreten. Wir agieren unabhängig von religiösen sowie politischen Verbänden und Institutionen.

Der Entwurf für das neue Islamgesetz, das morgen im Parlament verabschiedet werden soll, bereitet uns schon seit Beginn der Verhandlungen große Sorgen. Er ist nicht nur durchzogen von sicherheitspolitischen Elementen, manifestiert einen Generalverdacht gegen Musliminnen und Muslime und steht in keinem Verhältnis zu den Rechten und Pflichten anderer Religionsgemeinschaften in Österreich, sondern besteht in einer Verfassungswidrigkeit sowie mangelnder Konformität mit internationalen Standards, die wir als Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft nicht tatenlos hinnehmen, sondern mit den uns zustehenden rechtlichen Mitteln anfechten werden!

Verfassungswidrigkeit sowie mangelnde Konformität mit internationalem Recht

Die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes wurde bereits von diversen Expertinnen und Experten dargelegt. Österreich hat eine Pflicht sich an internationale Standards anzupassen und internationales Recht zu respektieren!

Verfassungsrechtlich höchstproblematische Regelungen wie unter anderem das Verbot auf Auslandsfinanzierung und die Zwangseingliederung der Islamischen Vereine unter die Religionsgesellschaften sowie verfassungswidrige Beschränkungen von Lehre, Einrichtungen und Gebräuchen durch einfache gesetzliche Regelungen wurden auch in der aktuellen Fassung beibehalten.

Demokratiepolitische Bedenken – deokratiefeindliche Einschränkung der Rechte von BürgerInnen

Demokratiepolitische Bedenken haben wir nicht nur in Bezug auf die Verhandlungen, die in unseren Augen vor allem unter dem Kennzeichen mangelnder Berücksichtigung der kritischen Stimmen der muslimischen Basis geführt wurden, sondern auch am Inhalt des Gesetzes: So kreierte die Zwangseingliederung islamischer Vereine in die IGGiÖ ein Monopol der islamischen Glaubensgemeinschaft, das wir als demo-

kratiepolitisch schwierig sehen. Unsere größten Bedenken beziehen sich jedoch auf die Vermischung von Staat und Religion, die dieses Gesetz verkörpert!

Kein Staatsislam

Wir stehen für eine klare Trennung von Staat und Religion ein und sind gegen eine Verkirchlichung des Islams in Österreich! Wir kennen keine Kirche, hatten nie eine und wollen auch keine.

Themenverfehlung

Wir sehen den gesamte Gesetzesentwurf als Themenverfehlung. Sicherheitspolitische Elemente haben in einem Religionsgesetz nichts verloren und sind in Maßnahmensetzungen des BMIs besser aufgehoben. Wir empfinden zudem den Einbezug des Integrationsministeriums in die Verhandlungen als kontraproduktiv und fragen uns, ob dies auch der Fall gewesen wäre, hätte es sich um eine andere Religionsgemeinschaft gehandelt.

Generalverdacht gegen Musliminnen und Muslime

Dass Musliminnen und Muslime hier spezifisch permanent an ihre Rechte, aber vor allem Pflichten, die bereits in Verfassung und Strafgesetz für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen geregelt sind erinnert werden, suggeriert, dass wir auf Grund einer Religionsangehörigkeit eher zu Straftaten tendieren als andere Bürgerinnen und Bürger und unterstreicht einen Generalverdacht gegen die muslimische Bevölkerung Österreichs.

Wahlkampf

Wir bemerken in letzter Zeit in Bezug auf einen nahenden Wahlkampf klare Tendenzen zu anti-muslimischer Rhetorik, die sich durch die gesamte Parteienlandschaft ziehen. Diese Rhetorik handelt von einer Unaufnehmbarkeit von MuslimInnen die in eine Assoziation mit Immigration gestellt werden. Wir werden zu „den Anderen“ gemacht.

Die ÖVP spricht so zB über das neue Islamgesetz als ein integrationsförderndes Gesetz, das klar „österreichische Werte“ definiere. Diese Narrative haben realpolitische Auswirkungen. Seit Beginn der Verhandlungen zum Islamgesetz häufen sich nicht nur Angriffe auf als muslimisch wahrgenommene Bürgerinnen und Bürger in einem erschreckenden Ausmaß, sondern auch jene auf muslimische Einrichtungen sowie Schulen.

Interne Strukturen

Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) ist nicht nur Dachverband verschiedenster muslimischer Denkrichtungen, sondern auch die Einrichtung, in der realpolitische Interessen aufeinander treffen. Diese innere Spannung führt zum einen dazu, dass sich ein erheblicher Teil der Basis nicht

angemessen vertreten fühlt, zum anderen resultiert aus ihrer mangelhaften Kommunikation zwischen den verschiedenen Verbänden. Die maroden/ineffizienten Strukturen der IGGiÖ, den politischen Vertretern der Verhandlungen offenbar vollkommen bewusst, trugen zum Fiasko der Verhandlungen ihren Teil bei. Die ominöse Schuraratssitzung am Sonntag letzter Woche und das darauffolgende Statement des Präsidenten der IGGiÖ stehen exemplarisch für die Arbeit der Glaubensgemeinschaft: eine Sitzung, die nach Statuten der Glaubensgemeinschaft nicht beschlussfähig ist, weil nicht genügend Ratsmitglieder vorhanden sind, eine Ablehnung, die anscheinend aus dieser Sitzung hervorgehen sollte, eine Zustimmung, die offiziell kommuniziert wurde.

Für das NMZ ergeben sich daher folgende Forderungen:

- Wir fordern ein reines Religionsgesetz ohne sicherheitspolitisch relevante Elemente.
- Wir fordern Neuverhandlungen, die transparent verlaufen, mit mehr Partizipationsmöglichkeiten und ohne Beteiligung des Integrationsministeriums
- Wir fordern eine Trennung von Staat und Religion!

Sowie

- Strukturelle Veränderungen, die uns als Musliminnen und Muslime ein Forum bieten um interne Kritik konstruktiv und angemessen anbringen zu können
- Wir fordern eine Einberufung des Schiedsgerichts der IGGiÖ, da es begründete Zweifel an der Beschlussfähigkeit des Schurarats gibt

Pressekonferenz 24.02.2015

NETZWERK MUSLIMISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

1.

Presseerklärung

MURAT **GÜROL**

Die Verhandlungen zur Novellierung des Islamgesetzes sind aus Sicht der muslimischen Basis alles andere als zufriedenstellend gelaufen. Dies hat verschiedene Gründe, insbesondere sollen drei Punkte hervorgehoben werden, um die Problematik zu verdeutlichen.

Als erstes ist der politische Kontext zu erwähnen, in welchem sich Österreich und auch der Islam befinden. Dieser Kontext kristallisiert sich in einem manifesten antimuslimischen Rassismus, der als Grundlage für ein ausgewogenes, gerechtes Gesetz wohl kaum dienen kann. Der antimuslimische Rassismus kann nicht verstanden und effektiv angegangen werden, wenn nicht die internationale Politik miteinbezogen wird. Der Islam wird seit dem Ende des kalten Krieges systematisch zu einem Feindbild aufgebaut. Nach dem Zusammenprall der Systeme dient nun der Zusammenprall der Zivilisationen als Modell, nach dem der Westen seine Außenpolitik formt, mit massiven Folgen für die muslimische Minderheit, die in westlichen Staaten lebt: und hier liegt auch das Dilemma für die westlichen Gesellschaften, denn man versucht, der außenpolitischen Segregation und Polarisierung eine innenpolitische Integration entgegen zu setzen. Mitten in diesem Spannungsfeld befinden sich die Muslime, die – ausgegrenzt und markiert durch den segregativen außenpolitischen Kontext – dank globalisierter Medienwahrnehmung und Informationsaustauschs ihren Konnex zu muslimischen Kernländern herstellen, sich aber einer wie-auch-immer gearteten europäischen Ausprägung ihrer Religion unterordnen sollen.

Der Einfluss kurzfristiger österreichischer Außenpolitiken auf eine Religionsgesetzgebung, der sich in der Assoziation des Integrationsstaatssekretariats als Teil des Außenministeriums mit dem Kultusamt offenbart, ist ebenfalls ein unglücklicher Umstand. Zwar ist als Ziel des Staatssekretariats unter anderem ein friedliches Zusammenleben in Österreich genannt; es ist jedoch zu bedenken, dass teilweise kurzfristige außenpolitische Positionen nicht Leitmotiv für ein langfristiges Zusammenleben sein können. Und auf keinen Fall können diese Standpunkte der Berater sein, der den Umgang mit hier lebenden Muslimen definiert.

Als zweites sind die inneren Zusammenhänge innerhalb der muslimischen Gemeinde anzuführen. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) ist nicht nur Dachverband verschiedenster muslimischer Denkrichtungen, sondern auch die Einrichtung, in der realpolitische Interessen aufeinander treffen. Diese innere Spannung führt zum einen dazu, dass sich ein erheblicher Teil der Basis nicht angemessen vertreten fühlt, zum anderen resultiert daraus mangelhafte Kommunikation zwischen den verschiedenen Verbänden. Die islamische Tradition der Vielfalt der Meinungen erfordert aber eine effiziente Methode und Kultur der Kommunikation, die einen weiten Rahmen stellt, keinesfalls aber kirchengleiche Strukturen, die für eine Religion mit Deutungshoheit sinnvoll sein mögen, der muslimischen Tradition aber diametral entgegen stehen. Und diese Idee einer „muslimischen Kirche“ scheint auch offenbar Ziel der IGGiÖ für das neue Gesetz gewesen zu sein, zumal die Auflösung der Vereine – als Träger der muslimischen Pluralität – nicht einmal als Verhandlungsgegenstand angeführt wird, im Gegenteil sogar deziert gewünscht wird.

Und als dritter Punkt ist, aus beiden erstgenannten Hintergründen resultierend, die Art und Weise, wie die Verhandlungen geführt wurden, zu kritisieren. Von Anfang an zwang die Politik ihre Idee des Islams österreichischer Ausprägung auf. Wäre ein Integrationsministerium für eine neu zu verhandelnde Anerkennung der katholischen Konfession zuständig gewesen?

Wäre hier eine explizite Erwähnung rechtlicher Folgen, wiewohl implizit für alle Bürger Österreichs gegeben, denkbar? Würde ein österreichischer Katholizismus Maxime eines katholischen Anerkennungsgesetzes? Einer Religion eine Nationalität zuzuschreiben zeugt von einem rein nationalen Verständnis von Spiritualität und Riten. Die Politik sollte sich zuerst die Frage beantworten, was an der in Österreich traditionell gelebten katholischen Religion österreichisch ist, um einen Zugang zu Empathie und Gerechtigkeit zu bekommen. Gerechtigkeit ist schließlich Voraussetzung für ein gemeinsames Leben, soll nicht die eine Religionsgemeinschaft der anderen vorgezogen werden.

Jedoch: Von Verhandlungen auf Augenhöhe scheint keine Spur zu sein. Die maroden/ineffizienten Strukturen der IGGiÖ, den politischen Vertretern der Verhandlungen offenbar vollkommen bewusst, trugen zum Fiasko der Verhandlungen ihren Teil bei. Und so ist es nicht verwunderlich, dass über die Dauer der Verhandlungen nur wenig bis gar kein Informationsfluss zur Basis stattgefunden hat. Und so verwundert es auch nicht, dass das Durchsickern vereinzelter Informationen als Skandal wahrgenommen wird, nicht jedoch die Intransparenz an sich, die dem Prozess zueigen war.

Für die Verhandlungen hätten wir uns gewünscht, dass ein Verfahren gefunden und eine Haltung eingenommen würde, die die Herausbildung der Interessen der muslimischen Bevölkerung an sich bewirkten. Zu sehr stehen handfeste Interessen einzelner Verbände über den Interessen der Musliminnen und Muslimen selbst. Nur so hätte eine sinnvolle Verhandlungsstrategie im Sinne aller Bürger muslimischen Glaubens entwickelt werden können. Und nur in der Zielsetzung der Interesse und des Wohls aller Musliminnen und Muslime hätte eine angemessene Formulierung stattgefunden.

Für uns ergeben sich folgende konkrete Schritte:

1. Wir werden zum Schiedsgericht der IGGiÖ gehen und eine Klärung einfordern über die Beschlussfähigkeit der letzten außerordentlichen Sitzung des Schura-Rates am 15. Februar 2015, die zum Ergebnis die „zähneknirschende“ Zustimmung der Glaubensgemeinschaft hatte. Laut Statuten der IGGiÖ haben, um beschlussfähig zu sein, die Hälfte der Vertreter anwesend zu sein. Dies war aber gemäß Medienberichten nicht gegeben.
2. Sollte das Gesetz im Nationalrat verabschiedet werden, ist das Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft nicht nur gewillt, vor den VfGH zu gehen, sondern das Anliegen auch im EuGH vorzubringen.

Pressekonferenz 24.02.2015

NETZWERK MUSLIMISCHE ZIVILGESELLSCHAFT

2.

Sicherheitsgesetz als Religionsgesetz verpackt? Nicht mit uns!

INES MAHMOUD

Der Entwurf für das neue Islamgesetz, das morgen im Parlament verabschiedet werden soll, bereitet uns schon seit Beginn der Verhandlungen große Sorgen. Er ist nicht nur durchzogen von sicherheitspolitischen Elementen, manifestiert einen Generalverdacht gegen Musliminnen und Muslime und steht in keinem Verhältnis zu den Rechten und Pflichten anderer Religionsgemeinschaften in Österreich, sondern besteht in einer Verfassungswidrigkeit sowie mangelnder Konformität mit internationalen Standards, die wir als Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft nicht tatenlos hinnehmen, sondern mit den uns zustehenden rechtlichen Mitteln anfechten werden!

Es ist für uns nicht nachvollziehbar wie die Verhandlungen, sowie der Entscheidungsprozess zum Islamgesetz verlaufen sind und wollen nicht hinnehmen, dass trotz verfassungsrechtlicher Bedenken, das Gesetz nun im Parlament verabschiedet werden soll. Seit Beginn der Verhandlungen herrschen mangelnde Transparenz, fehlende Partizipationsmöglichkeiten, sowie kaum Kommunikation.

Die Verfassungswidrigkeit des Gesetzes wurde bereits von diversen Expertinnen und Experten dargelegt. Wir sehen, dass es Veränderungen des ursprünglichen Gesetzesentwurfes gab und erkennen auch an, dass wir ein Recht auf Seelsorge in staatlichen Einrichtungen, Anerkennung unserer Feiertage, sowie ein Recht auf glaubensbezogenes Essen haben. Die genannten Rechte stellen jedoch keinesfalls eine Außerordentlichkeit dar, sondern sind bereits durch andere Rechtsgrundlagen gesichert.

Das neue Islamgesetz enthält jedoch trotz weitreichender Kritik österreichischer Verfassungsexpertinnen und -experten sowie internationalen Stimmen, wie z.B. der OSZE, weiterhin Elemente, die nicht im Einklang mit nationalem sowie internationalem Recht stehen.

Österreich hat eine Pflicht sich an internationale Standards anzupassen und internationales Recht zu respektieren!

Verfassungsrechtlich höchstproblematische Regelungen wie unter anderem das Verbot auf Auslandsfinanzierung und die Zwangseingliederung der Islamischen Vereine unter die Religionsgesellschaften sowie verfassungswidrige Beschränkungen von Lehre, Einrichtungen und Gebäuden durch einfache gesetzliche Regelungen, wurden auch in der aktuellen Fassung beibehalten. Eigens im Islamgesetz angeführte Normen bringen nicht nur das nach wie vor bestehende besondere Misstrauen und den Generalverdacht gegenüber Musliminnen und Muslimen zum Ausdruck, sondern sehen auch fundamentale rechtliche Befugnisse für den Staat vor, welche in Form von außergewöhnlich strengen Reglementierungen und Eingriffsrechten ihren Ausdruck finden. Diese reichen von Einschränkungen des zustehenden Rechtswegs für islamische Religionsgesellschaften, über Normierungen betreffend innerreligiöser Angelegenheiten, bis hin zu Vorsehung von Strafsanktionen und einfacheren Auflösungsmöglichkeiten seitens des Staates. Die genannten Aspekte führen zu einem System der Staatskirchenhoheit, in dem der Staat einseitig die Befugnisse und Grenzen der Religionsgemeinschaften festlegt.

Demokratiepolitische Bedenken haben wir nicht nur in Bezug auf die Verhandlungen, die in unseren Augen vor allem unter dem Kennzeichen mangelnder Berücksichtigung der kritischen Stimmen der muslimischen Basis geführt wurden, sondern auch am Inhalt des Gesetzes: So kreiert die Zwangseingliederung islamischer Vereine in die IGGiÖ ein Monopol der islamischen Glaubensgemeinschaft, das wir als demokratiepolitisch schwierig sehen. Unsere größten Bedenken beziehen sich jedoch auf die Vermischung von Staat und Religion, die dieses Gesetz verkörpert!

Wir stehen für eine klare Trennung von Staat und Religion ein und sind gegen eine Verkirchlichung des Islams in Österreich! Wir kennen keine Kirche, hatten nie eine und wollen auch keine. Der Gesetzestext des neuen Islamgesetzes suggeriert zudem eine latente Bedrohung durch MuslimInnen in Österreich. Es untersagt so z.B. Versammlungen und Veranstaltungen von denen - ich zitiere - „eine unmittelbare Gefahr für die Interessen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, der nationalen Sicherheit oder die Rechte und Freiheiten anderer ausgeht“. Die Formulierung, MuslimInnen könnten eine Gefahr für die Gesundheit darstellen ist hier bezeichnend. Derartige Passagen durchziehen die gesamte Gesetzesvorlage, stellen uns als latentes Risiko dar und degradieren uns zu Bürgerinnen und Bürgern sowie Menschen zweiter Klasse!

Wir sehen den gesamte Gesetzesentwurf als Themenverfehlung. Sicherheitspolitische Elemente haben in einem Religionsgesetz nichts verloren und sind in Maßnahmensetzungen des BMIs besser aufgehoben. Wir empfinden zudem den Einbezug des Integrationsministeriums in die Verhandlungen als kontraproduktiv und fragen uns, ob dies auch der Fall gewesen wäre, hätte es sich um eine andere Religionsgemeinschaft gehandelt.

Dass Musliminnen und Muslime hier spezifisch permanent an ihre Rechte, aber vor allem Pflichten, die bereits in Verfassung und Strafrecht für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen

geregelt sind, erinnert werden, suggeriert, dass wir auf Grund einer Religionsangehörigkeit eher zu Straftaten tendieren als andere Bürgerinnen und Bürger und unterstreicht einen Generalverdacht gegen die muslimische Bevölkerung Österreichs.

Sollten sich die bewusst verfassungswidrig formulierten Normen im Islamgesetz halten, so sehen wir jedoch auch die Möglichkeit, dass sie in den Regelungen zu den anderen Religionsgesellschaften ihren Einzug finden könnten. Es handelt sich bei diesem Gesetz also nicht nur um einen erheblich Eingriff in das Recht auf Religionsfreiheit der Muslime, sondern auch aller anderen Bewohner dieses Landes – auch im nicht religiösen Kontext!

Wir bemerken in letzter Zeit in Bezug auf einen nahenden Wahlkampf klare Tendenzen zu anti-muslimischer Rhetorik, die sich durch die gesamte Parteienlandschaft ziehen. Diese Rhetorik handelt von einer Unaufnehmbarkeit von MuslimInnen, die in eine Assoziation mit Immigration gestellt werden. Wir werden zu „den Anderen“ gemacht.

Die ÖVP spricht so zB über das neue Islamgesetz als ein integrationsförderndes Gesetz, das klar „österreichische Werte“ definiere. Diese Narrative haben realpolitische Auswirkungen. Seit Beginn der Verhandlungen zum Islamgesetz häufen sich nicht nur Angriffe auf als muslimisch wahrgenommene Bürgerinnen und Bürger in einem erschreckenden Ausmaß, sondern auch jene auf muslimische Einrichtungen sowie Schulen.

Will diese Regierung in die Geschichte eingehen als jene, die gegen den ausdrücklichen Willen der MuslimInnen ein solches Gesetz verabschiedet?

Unsere Forderungen:

- Wir fordern ein reines Religionsgesetz ohne sicherheitspolitisch relevante Elemente.
- Wir fordern Neuverhandlungen, die transparent verlaufen, mit mehr Partizipationsmöglichkeiten und ohne Beteiligung des Integrationsministeriums
- Wir fordern eine Trennung von Staat und Religion!

Sowie

- Strukturelle Veränderungen, die uns als Musliminnen und Muslime ein Forum bieten, um interne Kritik konstruktiv und angemessen anbringen zu können
- Wir fordern eine Einberufung des Schiedsgerichts der IGGiÖ, da es begründete Zweifel an der Beschlussfähigkeit des Schurarats gibt

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Dr. Heinz Fischer,

die Abstimmung zur Novellierung des Islamgesetzes steht bevor. Die Entstehung der Novellierung gibt uns muslimischen Österreichern/-innen Anlass zu großer Sorge.

Große Teile der muslimischen Bevölkerung in Österreich sind dabei, ihr Vertrauen in demokratische Prozesse der Meinungsbildung zu verlieren. Die Lage ist ernst. Daher bitten wir Sie, als die Stimme der Vernunft in diesem Land, ein Zeichen zu setzen.

Geben Sie uns kurz die Gelegenheit, im Namen des Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft (NMZ) unsere Gründe darzulegen:

- » Das umstrittene Gesetz soll ohne Einverständnis und am Willen der breiten muslimischen Basis vorbei durchgedrückt werden. Dieser Umstand ist demokratiepolitisch inakzeptabel!
- » Die Zusammenarbeit der Behörden mit den Organen der Islamischen Glaubensgemeinschaft lief alles andere als transparent: Die offizielle Stellungnahme der Glaubensgemeinschaft, die aktuell auf ihrer Homepage nachzulesen ist, ist unter sehr dubiosen Umständen zustande gekommen und veröffentlicht worden. Es bestehen begründete Zweifel über die Gültigkeit des Beschlusses (siehe weiterführende Links unten). Somit darf das Gesetz jetzt nicht beschlossen werden, da es keine Legitimationsbasis besitzt! Anderenfalls wird das Islamgesetz auch in Zukunft seinen undemokratischen und antipartizipatorischen Beigeschmack nicht verlieren.
- » Österreichs Muslime/-innen waren mit dem aktuellen Islamgesetz zufrieden und erhofften sich durch eine Novellierung, dass es den Umständen des neuen Jahrhunderts angemessen entspricht. Jedoch sollten Novellierungen eine Verbesserung und keine Verschlechterung bewirken, sowie es in der vorliegenden Fassung der Fall ist.
- » Wir schätzen und schätzen weiterhin Österreich aufgrund seiner historischen Leistung der Anerkennung des Islams vor bereits über 100 Jahren. Genau diese historische Vorreiterrolle in Europa droht nun verloren zu gehen.
- » Die Gefahr ist, dass das Islamgesetz als verkapptes „Anti-Terror-Gesetz“ missbraucht wird, um Druck auf Moscheen und Islamvereine auszuüben, über die nun das Damoklesschwert einer jederzeit möglichen Schließung hängt.

Wir ersuchen Sie, einen offenen Apell an die österreichische Politik zu richten und diese zu einer Neuaufnahme der Verhandlungen unter transparenten Umständen zu bewegen.

Wenden Sie weiteren Schaden für das Image Österreichs in Europa und der islamischen Welt ab und setzen Sie sich für Gespräche auf Augenhöhe mit den Vertretern/-innen der muslimischen Zivilgesellschaft ein! Weisen Sie auf die Gefahren eines Gesetzesentwurfes hin, der gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung verstößt und verfassungsrechtlich anfechtbar ist. Tragen Sie dazu bei, dass Österreich eine Vorreiterrolle bei der Wahrung der Bürgerrechte in Europa einnimmt.

Mit freundlichen Grüßen

Netzwerk Muslimische Zivilgesellschaft